

SHORT NEWS

Homo-Ehe hinkt hinterher

Als siebtes EU-Land hinter Portugal hat Luxemburg einen Gesetzesentwurf zur „Homo-Ehe“ für gleichgeschlechtliche Paare vorgelegt. Die Möglichkeit eines PACS wird als Alternative bestehen bleiben. Doch zumindest zwei Pferdefüße hat das Gesetz: Die Luxemburger Regelung sieht vor, dass die „Homo-Ehe“ auch im Heimatland des zukünftigen Ehepartners gestattet sein muss und gleichgeschlechtlichen Paaren wird lediglich eine einfache Adoption erlaubt. Nicht unerheblichen Einfluss darauf hat der Rat der Ethikkommission gehabt, die die Volladoption nur heterosexuellen Paaren erlauben wollte. Erhitzte Gemüter im Parlament spiegeln zugleich die kontroverse Stimmung wider. So empören sich nicht nur die Grünen darüber, dass die Ethikkommission keine fortschrittlichere Stellungnahme zum Adoptionsrecht vertritt. Selbst LSAP-Präsident Bodry forderte, für den Gesetzgeber dürfe die sexuelle Orientierung der Eltern keine Rolle spielen. Dass homosexuelle Paare bei der geplanten Öffnung der Ehe über weniger Rechte verfügen sollen als Heterosexuelle erscheint in der Tat inkohärent. Doch ohnehin steht das Gesetz gemessen am Gleichheitsgrundsatz auf wackeligen Füßen. Gespannt darf man also auf die erste Klage sein.

Front commun contre Biltgen

Il est rare de voir un projet de loi faire autant l'unanimité contre lui comme celui que le ministre de l'enseignement supérieur François Biltgen (CSV) a fait voter à la Chambre cette semaine. Le texte relatif à la réforme de l'aide financière aux étudiant-e-s est critiqué aussi bien quant au fond qu'à la forme. Dans un communiqué de presse, le député André Hoffmann (déi Lénk) a même demandé le retrait du projet de loi de la mise au vote, arguant qu'une « modification d'une telle envergure demanderait sans doute le temps nécessaire pour une réflexion sérieuse » car les organes et commissions concernés n'auraient pas été consultés. Une revendication partagée par l'avis de la Chambre des salarié-e-s (CSL), qui dénonce même une « violation de sa mission consultative ». Mais d'autres réactions ne se sont pas faites attendre. Les Jeunesses socialistes, les Jeunes Verts, l'Union nationale des étudiant-e-s du Luxembourg (UNEL), l'Association des cercles des étudiant-e-s (ACEL) et la jeunesse de l'ADR ont tous critiqué le caractère antisocial de la réforme. Ils sont tous d'accord pour affirmer, calculs à l'appui, que le projet, loin d'atteindre son but de promouvoir l'autonomie des étudiant-e-s, fragilise la situation économique de celles et ceux issu-e-s de milieux populaires tout en améliorant celle des plus aisé-e-s. Une politique typiquement CSV, en somme.

woxx@home

Tschüss Pia!!!

Ehrlich gesagt: So mancher woxxie wird sich gefragt haben wer denn nun diese ominöse Pia Oppel sei, die uns Frühjahr bis Sommer 2010 begleiten sollte. Wir kannten bis dato nur ihre sehr ordentlichen, gut recherchierten und - naja - etwas drögen Artikel zu ihrem Leib- und Magenthema: dem Umweltschutz. Aber als wir feststellten, dass Frau Oppel mitnichten eine Tee trinkende, Stinksandalen tragende, nickelverbrillte und vorzeitig vergreiste Ökofanatikerin war, sondern eine junge, sympathische Frau, die sich sowohl durch ihre Fachkompetenzen, als auch durch ihr kollegiales Einfühlungsvermögen, sowie eine gewisse Trinkfestigkeit, perfekt in den Redaktionsalltag eingliederte, wurde uns allen ziemlich warm ums Herz. Umso schwerer fällt es der Redaktion nun Abschied nehmen zu müssen, von der ach so lieb gewonnenen neuen Kollegin. Wir wünschen ihr alles Gute, freuen uns über den Champagner und versprechen ihr immer einen Platz hoch oben auf unserer Freelancerliste.

AKTUELL

EU-KOMMISSION

Freiheit für Konzerne

Raymond Klein

Der erfolgreiche Widerstand gegen das Multilaterale Investitionsabkommen beflügelte Ende der 90er Jahre die globalisierungskritische Bewegung. Ein Vorstoß der EU-Kommission hat die Debatte neu entfacht.

„Ein anderes Europa ist möglich“, so lautete das Motto der GegnerInnen der EU-Verfassung, über die in Luxemburg vor fast genau fünf Jahren abgestimmt wurde. Die Kritik bezog sich zum Teil auf die inhaltliche Ausrichtung des Textes, zum Teil auch auf die Sorge, eine stärker integrierte Union werde den Mitgliedstaaten einen liberalen Wirtschaftskurs diktieren. BefürworterInnen der Verfassung argumentierten, die Stärkung der EU-Institutionen biete auch neue Chancen für eine fortschrittliche Politik. Nun, da der Lissabon-Vertrag in Kraft ist, kann sich zeigen, in welchem Sinne die neuen Möglichkeiten genutzt werden, zum Beispiel im Bereich der internationalen Investitionsabkommen.

Eine bisher wenig beachtete, aber nicht unwichtige neue Zuständigkeit der EU betrifft die ausländischen Direktinvestitionen. Vor einer Woche hat die Kommission ein Strategiepapier vorgelegt, in dem sie betont, ein besserer Investitionsschutz trage dazu bei, „dass in diesen schweren Zeiten das Wachstum angekurbelt und Arbeitsplätze geschaffen werden“. Die bisherigen bilateralen Investitionsabkommen werden durch neue, europaweit gültige Verträge mit Drittländern ersetzt, die laut Kommission „unter anderem für eine faire, gerechte und diskriminierungsfreie Behandlung von Investoren sowie für den Schutz vor unrechtmäßiger Enteignung [sorgen]“.

Den im Netzwerk Seattle-to-Brussels (S2B) zusammengeschlossenen NGOs sind diese Abkommen ein Dorn im Auge: „[Sie] gewähren Investoren typischerweise umfassenden Schutz, indem sie dem Empfängerstaat von Investitionen weitreichende Verpflichtungen auferlegen.“ Dies könne „eine zukunftsfähige langfristige wirtschaftliche und soziale Entwicklung“ unterminieren. Das Ungleichgewicht zwischen Unternehmensprofiten und ökologischen sowie sozialen Erfordernissen zeige sich, so S2B, zum Beispiel bei dem Verfahren des Vattenfall-Konzerns gegen die deutsche Regierung: Bei diesem geht es um

Umweltauflagen für ein Kohlekraftwerk, für die der Energiemulti Schadensersatz in Höhe von 1,4 Milliarden Euro verlangt.

Die Gefahr, dass nationale politische Entscheidungen zugunsten von Umwelt, Gesundheit oder sozialem Schutz durch ein übergeordnetes Investitionsabkommen untergraben werden, war Ende der 90er Jahre besonders groß. Das von der OECD ausgearbeitete Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) sollte im Rahmen der Welthandelsorganisation allgemeingültig werden. KritikerInnen sprachen von einer „Lizenz zum Plündern“ und einer „Globalisierung der Konzernherrschaft“. Die Mobilisierung führte dazu, dass der Vorschlag 1998 ad acta gelegt wurde.

Weil aber auch die bilateralen Abkommen (BIT) vor allem der Rechtssicherheit und dem maximalen Schutz der Investoren dienen, sieht S2B in der neuen Zuständigkeit der EU grundsätzlich die Chance, „ein Modell für Investitionsabkommen zu entwickeln, die soziale und ökologisch zukunftsfähige Investitionen fördern“ und „mögliche negative soziale, ökologische und menschenrechtliche Auswirkungen der bestehenden BITs der EU-Mitgliedstaaten zu erfassen und zu vermeiden“.

Das jetzt von der Kommission vorgelegte Strategiepapier wird allerdings von S2B scharf kritisiert: „Für das Scheitern der EU bei der Reform der internationalen Investitionsabkommen werden Steuerzahler und Umwelt einen hohen Preis zahlen“, heißt es in einem Kommuniqué. Die Kommission erwähne zwar den Konflikt zwischen Schutz vor Enteignung und öffentlichem Interesse sowie die Notwendigkeit, die Belange Menschenrechte und Nachhaltige Entwicklung zu berücksichtigen, doch die vagen und unausgewogenen Regeln entlarvten dies als bloße „Wohlfühl-Rhetorik“.

Kommissions-Papier: http://europa.eu/press_room/press_packs/europe_2020/index_de.htm

Kritische NGOs: www.s2bnetwork.org, www.weed-online.org/themen/3753641.html